

13.12.2018

Haushaltsrede der SPD-Fraktion zum Doppelhaushalt 2019 / 2020

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtverordnetenversammlung,

wir verabschieden heute den Doppelhaushalt für die Haushaltsjahre 2019 und 2020. Das ist insofern bemerkenswert, weil dies nach meinen Recherchen seit längerer Zeit mal wieder ein Haushalt ist, den wir im Vorjahr beschließen können.

Bei allen Diskussionen um die Absage der 1. Lesung im HFA und die Zusatzsitzung vom Montag dieser Woche, in der alle Anträge diskutiert und entschieden wurden, ist dies doch ein Beweis für eine recht zügige Beratung durch die Stadtverordnetenversammlung, insbesondere für einen Doppelhaushalt. Gleichzeitig ist dies aber auch eine enorme Belastung in der Markt- und Vorweihnachtszeit: die vielen Sitzungen und die eigenen Vorbereitungen und Klausurtagungen abzuleisten verlangt schon einiges, wenn man berufstätig und/oder in weiteren Ehrenämtern unterwegs ist. Wir sollten für den nächsten Haushalt eine großzügigere Zeitplanung berücksichtigen.

Erfreulich hervorzuheben ist, dass beide Haushaltsjahre mit einem Überschuss im Plan abschließen werden. Gerade mit Blick auf die Vergangenheit lässt einen dies als Haushaltspolitiker auch entspannter in die Beratungen einsteigen, die erneut sehr sachlich stattgefunden haben.

Straßenbeitragssatzung

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung von 2014 haben wir die Maßnahme 82 beschlossen: die Einführung einer Straßenbeitragssatzung. Dies war ein unumgänglicher Schritt, da sonst eine weitere Genehmigung kommender Haushaltsplanungen rechtlich nicht mehr zulässig war.

Wir haben uns in der Stadtverordnetenversammlung seinerzeit darauf geeinigt, dass wir das System der wiederkehrenden Straßenbeiträge in Hochheim anwenden werden. Daraufhin haben wir im Februar 2015 die Satzung beschlossen und im Februar 2017 noch einmal vereinfacht. In diesem Haushalt wird die Satzung erstmalig zur Anwendung kommen.

Wie im Vorbericht des Haushaltes erwähnt ist, wurde eine grundlegende Straßensanierung in den letzten Jahren vernachlässigt und wir werden in den nächsten Jahren jährlich ca. 1 Mio. EUR zur Abarbeitung der Prioritätenliste aufwenden müssen. Auch die Gestaltung des Berliner Platzes wird in diesem Haushalt anteilig durch Straßenbeiträge finanziert werden. Damit wird die Straßenbeitragsatzung für viele Bürger erstmalig greifbar. Manche haben erst vor kurzem durch die Berichterstattung von der Erhebung der Straßenbeiträge erfahren.

Wir als SPD-Fraktion stehen nach wie vor zu diesem Beschluss, da wir aufgrund unserer Finanzstärke in Hochheim schlicht keine andere Möglichkeit haben als diese Beiträge zu erheben. Unserer Auffassung nach wäre es gerechter, wenn die Kommunen allerdings keine Straßenbeiträge erheben müssten.

Die bisherige schwarz-grüne Landesregierung hat sich in diesem Jahr entschieden, den rechtlichen Zwang zur Erhebung dieser Beiträge zurückzunehmen, gleichzeitig aber den Kommunen keine Mittel zur Bewältigung nötiger Investitionen bereitgestellt und mit anderen Maßnahmen den Kommunen auch noch Finanzmittel entzogen. Die SPD-Landtagsfraktion hat einen entsprechenden Gesetzesentwurf zur Abschaffung der Straßenbeiträge eingebracht, ist aber damit an der schwarz-grünen Mehrheit im Land gescheitert. Von der neuen schwarz-grünen Landesregierung ist hier kein Kurswechsel verkündet worden. Somit verbleibt keine andere Wahl.

Hochheim wächst – Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur

Unser Baugebiet Schänzchen III wächst zusehends und auch an anderen Stellen Hochheims sind neue Wohnungen entstanden und neue Bürgerinnen und Bürger haben in unserer Stadt eine Heimat gefunden. Damit wachsen natürlich auch die Anforderungen an unsere soziale Infrastruktur. In unserer direkten Verantwortung stehen da natürlich die Kapazitäten unserer Krippen, KiTas und der Schulkinderbetreuung.

Nach dem aktuellen Bericht zur Kinderbetreuung fehlen in Hochheim aktuell ca. 100 Krippenplätze und ca. 150 KiTa-Plätze. Auf der Warteliste für die Schulkinderbetreuung stehen bislang 53 Kinder. Die Tendenz ist steigend. Wir sind hierbei allerdings auch nicht untätig geblieben: Die KiTa Arche Noah wird in Kürze ihren Betrieb aufnehmen, der Anbau an die Rappelkiste ist in dieser Woche eingeweiht worden. In der Melibokusstraße und im Rheingaubogen befinden sich weitere Einrichtungen für 2020 und 2021 in Planung, der Apfelbaum wird 2021/2022 erweitert werden. Die Umwandlung des Hortes in eine weitere KiTa gehört auch zu den Planungen.

Wir haben in den vergangenen Jahren viel in den Ausbau investiert und werden auch in den kommenden Jahren noch investieren müssen, um dem steigenden Bedarf gerecht zu werden. Wir als SPD-Fraktion unterstützen diesen Ausbau nach wie vor und werden diesen auch zukünftig einfordern. Sicherlich sind die aktuellen Wartelisten für die Hochheimer Eltern eine besonders heftige Zumutung, allerdings ist eine erste Entspannung greifbar und weitere auf den Weg gebracht. Hier haben wir als Hochheimer unsere Hausaufgaben gemacht. Allerdings haben wir das Problem zu spät erkannt.

Bei dieser Gelegenheit drängt sich natürlich das aktuelle Thema der Schulerweiterung an der Astrid-Lindgren-Schule auf. Wir alle kennen die Diskussion der letzten Wochen. Mit einer Schulerweiterung nach bisheriger Planung wird die Außenfläche der Schule

deutlich zu klein sein. Eine eigene Sporthalle fehlt seit Anbeginn und führt bereits heute zu Defiziten im Schulsport.

Mit der heutigen Beantwortung der Anfrage nach den Außenflächen durch den Main-Taunus-Kreis wird deutlich, dass es einen klaren sachlichen Beleg für die Befürchtungen der Schulgemeinde gibt. Die Zahlen sprechen Bände!

Dies zeigt gleichzeitig aber auch einen gravierenden Mangel in der kommunalen Zusammenarbeit auf: Wenn man sich die Situation der Hochheimer Schulen anschaut, dann stellt die SPD-Fraktion heute die Frage: wieso können wir die Hochheimer Hausaufgaben in der Erweiterung unserer Betreuungsinfrastruktur erledigen und der Kreis wirkt dabei äußerst träge und beratungsresistent. Sprechen die Verantwortlichen nicht miteinander? Wer sitzt eigentlich für Hochheim im Kreistag? Kann es wirklich sein, dass wir – im Kreis mit der mit Abstand höchsten Kreisumlage pro Kopf – einen derart fahrlässigen Umgang mit den Kapazitäten an unseren Schulen hier in Hochheim erleben müssen? Die Planungen für das Schänzchen III haben doch nicht erst letztes Jahr begonnen!

In diesem Zusammenhang ist es für uns als SPD-Fraktion wichtig, dass hier der grob fahrlässige Planungsfehler des Main-Taunus-Kreises nicht gegen die Hochheimer Eltern ausgespielt wird, die eine Kinderbetreuung dringend brauchen und auch bekommen werden. Wir hatten in der Kooperation mit FWG und Grünen bereits einen entsprechenden Prüfantrag zum Verkauf des Hortes an den Kreis zu einem Preis, der uns den gleichzeitigen Neubau einer KiTa ermöglicht, vorbereitet und uns in einer internen Sitzung dann für die Unterstützung des konkreteren Antrages der CDU entschieden. Wir hoffen, dass die politisch Verantwortlichen im Kreis ihren Fehler einsehen und unseren Hort in die Schulerweiterung mit einbeziehen und uns damit finanziell ermöglichen, zeitnah eine Ersatz-Kita im Schänzchen III bauen zu können. Damit wären beide Probleme gelöst und nicht gegeneinander ausgespielt.

Investitionen in den Wohnungsbau

Wie uns allen bekannt ist haben wir im Bereich des sozialen Wohnungsbaus ebenfalls einen erheblichen Bedarf, auch durch den bedauerlichen Wegfall bisheriger Sozialwohnungen in unserem Bestand. Die SPD-Fraktion unterstützt daher in vollem Umfang die Investition von 820.000 EUR in den sozialen Wohnungsbau, die im Finanzhaushalt für diesen Doppelaushalt veranschlagt sind.

Darüber hinaus haben wir auch bei allen künftigen Bauvorhaben in Hochheim den Anspruch, bezahlbaren Wohnraum einzufordern und zu fördern, wo immer dies möglich ist. Diese Aufgabe ist mit der Förderung von sozialem Wohnungsbau nicht zu verwechseln. Wir können uns die Verwertung unserer Wohnbauflächen zum maximalen Kauf- oder Mietpreis nicht leisten und uns damit begnügen, den Markt in Luxussegment und sozialen Wohnungsbau aufzuteilen. Auch Haushaltssanierungen durch Grundstücksverkäufe an den Meistbietenden müssen der Vergangenheit angehören. Mit der Wohnbebauung auf dem HIT-Markt im Schänzchen III haben wir einen ersten Grundstein für diese Entwicklung gelegt und freuen uns, dass dieses Vorgehen im Haus auch eine deutliche Mehrheit gefunden hat.

Unsere Änderungsanträge

Zurückblickend auf die erstmalige Einführung von Straßenbeiträgen in Hochheim war es für uns nicht verantwortbar, mit diesem Haushalt bereits eine Anhebung der

Grundsteuer A und B ab 2021 in der Finanzplanung anzukündigen. Darüber hinaus ist die Veränderung der Grundsteuer durch die Bundesregierung abzuwarten. Wir haben daher den Antrag gestellt, diese Steuererhöhung ab 2021 nicht einzuplanen und freuen uns über die mehrheitliche Unterstützung unseres Antrages.

Der Bürgermeister begründete seinen Vorschlag für die Anhebung aus den im Jahr 2021 dann deutlich gestiegenen Kosten für die Kinderbetreuung. Es kann aus Sicht der SPD-Fraktion aber nicht sein, dass aus der verkorksten Freistellung des Landes für die nur sechsstündige Kinderbetreuung im Kindergarten, die gleichzeitig den Kommunen dafür nicht wirklich ausreichende Finanzmittel an die Hand gibt, zu einer Grundsteuererhöhung führen soll. Es kann auch nicht sein, dass die Hessenkasse zu 80% von den Kommunen selbst finanziert wird und auch dies in vielen Kommunen zur Grundsteuererhöhung führt. Hier erwarten wir von der neuen Landesregierung eine Kehrtwende im Umgang mit der kommunalen Familie. Das finanzielle Ausbluten der Kommunen zugunsten des Landes muss ein Ende haben und kann auch von solchen Programmen wie der Pseudo-Gebührenfreistellung und der Hessenkasse nicht länger verschleiert werden.

Gemeinsam mit unseren grünen Kooperationspartnern haben wir ein eigenes Budget für den Beirat Inklusion beantragt, der sich damit auch gleichzeitig eine Satzung geben muss. Uns war es wichtig, als Modellkommune Inklusion diesen Beirat in seiner Bedeutung und Eigenständigkeit zu stärken. Wir bedanken uns für die Zustimmung aus dem gesamten Haus.

Wir hatten auch einen Änderungsantrag zum beabsichtigten Rückzug der Stadt Hochheim aus der Schulsozialarbeit gestellt. Es hat sich in der letzten Sitzung dann herausgestellt, dass dieses Vorhaben nicht Bestandteil des Haushaltsplans ist, aber für die Zukunft angekündigt wurde. Uns ist es wichtig zu betonen, dass die neue Förderung von sozialpädagogischen Fachkräften an den Schulen durch das Land Hessen nicht als Ersatz für die bisherige Schulsozialarbeit gesehen werden darf, die weiterhin Bestandteil der Jugendhilfe und damit eine kommunale Aufgabe ist aus der sich Hochheim unserer Meinung nach nicht zurückziehen darf.

Darüber hinaus haben wir bei einigen Investitionen gemeinsam mit unseren beiden Kooperationspartnern Sperrvermerke im weiteren Sinne angebracht, da wir hier noch den Vorbehalt haben, endgültige Planungen und Konzepte vor der Umsetzung in der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen und diese Haushaltsmittel nicht auf dem Stand der heutigen Diskussion direkt freizugeben.

Haushaltssteuerung in der VeHaKom

Wer die Stadtverordnetenversammlungen in den letzten Monaten genau verfolgt hat, dem ist nicht entgangen, dass wir uns darum bemühen unser gemeinsames Projekt Haushaltssteuerung mit Zielen und Kennzahlen da weiterzuführen, wo wir 2014 aufgrund der Haushaltskonsolidierung aufhören mussten. Nach durchaus holprigen Sitzungen in der VeHaKom konnten wir den Bürgermeister davon überzeugen, gemeinsam mit einer externen Moderation wieder in dieses Projekt einzusteigen. Hierzu haben wir auch die entsprechenden Mittel im Haushalt eingestellt, damit wir mit dem Projekt direkt loslegen können, wenn die Umstellungen aus dem neuen §2b UmStG in der Verwaltung abgeschlossen ist, welche bis dahin erstmal alle Kräfte bindet.

Abschluss

Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt gemäß der Beschlussempfehlung aus dem Haupt- und Finanzausschuss zustimmen. Wir danken den MitarbeiterInnen der Verwaltung und insbesondere Herrn Petry für die Aufarbeitung und Begleitung unserer Haushaltsberatungen. Dieser Dank gilt natürlich auch den Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverordnetenversammlung für die wirklich konstruktive Haushaltsberatung.

Marcus Hesse
Fraktionsvorsitzender